

Armut im Alter

Sozialpolitische Entwicklungen und gemeindediakonische Herausforderungen

Lages Delegiertenversammlung 13.11.2012

I Sozialpolitische Entwicklungen

Armut im Alter kann einen schnell treffen. „Dass ich so wenig zum Leben habe, hätte ich nie und nimmer gedacht. So habe ich mir mein Alter nicht vorgestellt“, sagt ein 80-jähriger aus Reutlingen.

Noch sind es überschaubare Zahlen: Auf Grundsicherung im Alter sind derzeit etwa 400 000 Menschen angewiesen, das sind 2,4% der über 65-jährigen, verdeckte Armut ist darin allerdings nicht erfasst. Doch diese Zahlen werden rasant ansteigen. 2030 müssen nach Berechnungen des Bundesfamilienministeriums 1,4 Millionen Menschen im Alter ihre Rente mit der Grundsicherung aufstocken, Frauen sind davon besonders betroffen.

Ursachen der zunehmenden Altersarmut

Zum einen die drastischen Veränderungen im Arbeitsmarkt mit brüchigen Erwerbsbiografien, (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, Arbeit in Teilzeit, Mini- und Midi-Jobs, insgesamt einer immensen Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Die Begründung für diese Entwicklungen: Die deutsche Wirtschaft für den Weltmarkt wettbewerbsfähig machen.

Heute haben wir über 6 Millionen Menschen die von Hartz IV leben, für sie werden keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Und rund 6,5 Millionen Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, wo nur geringste Rentenanwartschaften erzielt werden. Rund 5 Millionen Menschen betreiben einen Mini-Job als Haupterwerb. Allein die 400 Euro-Jobs kosten die Sozialversicherung vier Milliarden Euro jährlich an Einnahmen.

Zum andern die systematische Absenkung des Rentenniveaus durch die „Rentenreformen“ 2001 („Altersvermögensgesetz“) und 2004 („Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz“) mit der Folge, dass die Renten 2030 um 20% niedriger sein werden und Arbeitnehmer/innen nach 35 Jahren in Vollzeitarbeit mit einem Brutto-Einkommen von 2500 Euro nicht einmal 700 Euro Rente im Jahr 2030 beziehen werden.

Die Begründung für diese Rentenkürzungen: Da immer weniger Arbeitnehmer/innen immer mehr Rentner/innen verhalten müssen, sei das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem nicht mehr finanzierbar, es brauche zusätzlich die private Vorsorge. Zudem müssten die Lohnnebenkosten aus Wettbewerbsgründen niedrig gehalten werden, ein Anstieg des Rentenbeitragsatzes auf 26% im Jahr 2030 sei „unzumutbar“.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die einst gut gefüllte Rentenkasse zur Finanzierung der deutschen Einheit mit herangezogen wurde. Mit diesen „versicherungsfremden Leistungen“, die eigentlich Aufgabe des Staates sind, wurden die Sozialversicherungen erheblich belastet.

„Die Vorsorgelüge“

So der Titel eines neuen Buches von zwei ARD-Journalisten, Holger Balodis und Dagmar Hühne. Untertitel: „Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben“. Ihre Analyse: Ein erfolgreich funktionierendes staatliches Rentensystem wurde systematisch schlecht geredet. Angeführt wurde der demografische Wandel, der zu einer immensen Überalterung und wenn nicht gegengesteuert zu einem „Krieg der Generationen“ führen würde. Der Slogan wurde in alle Köpfe transportiert: „Jetzt hilft nur noch private Vorsorge.“ Dabei ist die private Vorsorge nicht sicherer und auch noch deutlich teurer.

Dass sie nicht sicher ist, zeigte die Finanzkrise 2008. Nach Angaben der OECD haben die privaten Altersvorsorgeeinrichtungen 3,78 Billionen Euro Verluste hinnehmen müssen. Auf den turbulenten Finanzmärkten ist die Altersvorsorge nie und nimmer sicher. Im Augenblick plagen die Versicherer auch noch die niedrigen Zinsen. Das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem dagegen ist sicher: Solange Löhne und Gehälter gezahlt werden, können auch Renten gezahlt werden.

Die private Altersvorsorge ist schlicht etwa zehnmal teurer durch Gebühren und Provisionen. Der Verwaltungsaufwand liegt bei 4-5%. Das Ganze funktioniert nur durch staatliche Subventionen. D.h. das Private ist nur „besser“ durch staatliche Stützung. Bis heute sind 15-17 Milliarden Euro an Zuschüssen in die Riester-Rente geflossen, im Grunde direkt an die Versicherer.

Wenn also schon private Vorsorge, dann besser staatlich organisiert. Ein staatlich organisiertes „Vorsorge-Konto“ wie es die Landesregierung von B.-W. fordert, angesiedelt bei der Deutschen Rentenversicherung, käme voraussichtlich wie in Schweden mit 0,15% an Verwaltungsgebühren aus. Norbert Blüm: „Das Geld, das der Staat an die Riester-Rente zahlt, oder genau genommen an die Versicherungen, das können wir in der staatlichen Rentenkasse besser gebrauchen.“ Für 80% der Rentner/innen ist die Riester-Rente zudem schlicht ein Verlustgeschäft wenn man die Inflation berücksichtigt oder bedenkt dass kaum jemand 100 Jahre alt wird, um die Riester-Rente voll und inflationsbereinigt auszuschöpfen.

Das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem weiterentwickeln

Das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem kann problemlos weiterentwickelt und zukunftsfest, d.h. lebensstandardsichernd und armutsfest gemacht werden. Zu beachten ist dabei: Neben dem sog. Altersquotient ist auch der Jugendquotient zu berücksichtigen und vor allem der Produktivitätszuwachs. Letztlich kommt es nicht so sehr auf das Verhältnis Junge zu Alten an, sondern auf das Verhältnis Beitragszahler zu Rentnern.

- Die Beiträge können bis 2030 auf 26% steigen, das ist nicht höher wie der bisher geplante Beitragssatz von 22%, zu dem 4% für Riester-Sparer hinzuzurechnen sind.
- Alle Erwerbstätigen einbeziehen in das staatliche Rentensystem, auch Selbstständige, Beamte, Landwirte, Freiberufler. Dadurch bekommt das Rentensystem eine breitere Beitragsbasis.
- Den Niedriglohnbereich zurückdrängen, mehr Vollzeitarbeitsplätze mit auskömmlichen Löhnen schaffen. Die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro würde der Rentenkasse 2,8 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bringen.
- Abschaffung der Mini-Jobs. Alle Arbeitsverhältnisse müssen ab dem 1. Euro steuer- und sozialversicherungspflichtig sein.
- Es geht insgesamt um eine Beteiligung der Arbeitnehmer/innen am Produktivitätsfortschritt von inflationsbereinigt 1,5%.
- Beitragsbemessungsgrenze anheben. Wer heute mehr als 67200 Euro im Westen im Jahr verdient, zahlt für das darüber liegende Einkommen keinen Cent in die Rentenkasse.
- Nicht nur Erwerbseinkommen für die Renten heranziehen, sondern auch Kapitaleinkünfte und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Dadurch können die Arbeitseinkommen entlastet werden.
- Rolle rückwärts für die Rentenreformen, Kürzungen rückgängig machen. Riester stoppen, ab einem Stichtag keine neuen Fördermittel.
- Die von der Regierung geplante „Zuschussrente“ oder nun auch „Lebensleistungsrente“ ist ein Irrlicht, wenn man die Bedingungen dafür anschaut: 40 Beitragsjahre plus private Vorsorge, um eine Rente zu erhalten, die wenige Euro über der Grundsicherung liegt. Geringverdiener können sich in der Regel keine private Vorsorge leisten.

Diese Forderungen werden – im Einzelnen unterschiedlich, aber insgesamt in dieselbe Richtung gehend - erhoben von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, dem Sozialverband VdK.

Die Zukunftsformel lautet: Alle Bürger/innen und alle Einkunftsarten in die Finanzierung des Rentensystems einbeziehen. Dann ist das umlagefinanzierte staatliche Rentensystem zukunftsfest. Private Vorsorge staatlich mit einem Vorsorge-Konto organisieren.

Der Kontext: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer

Diese Aussage stammt aus dem 4. Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung vom November 2012. Danach hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte (Geldvermögen, Immobilienbesitz, Betriebs- und Sachvermögen abzüglich Schulden) in zwanzig Jahren verdoppelt, seit 1992 von 4,6 auf zehn Billionen Euro in 2012. Und es ist äußerst ungleich verteilt: Die obersten 10% besitzen 53% des Vermögens, die untere Hälfte 1%.

Das Nettovermögen des Staates ging im gleichen Zeitraum um 800 Milliarden zurück.

Die Ungleichheitsentwicklung zeigt sich auch bei den Einkommen: Während die hohen Einkommen kräftig anstiegen, mussten die unteren 40% der Vollzeitbeschäftigten im vergangenen Jahrzehnt reale Einkommensverluste hinnehmen. „Eine solche Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“, heißt es im Bericht.

Das Problem besteht auch darin, dass sich Armut verfestigt. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben geringere (Bildungs-)Chancen und damit eine hohe Wahrscheinlichkeit, auch im Alter arm zu sein. Kinderarmut und Altersarmut hängen eng zusammen.

Es geht darum, den privaten Reichtum stärker an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen. Dies wäre ohne weiteres möglich durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. In den kommenden zehn Jahren werden in Deutschland jährlich 150 bis 200 Milliarden Euro vererbt.

II Gemeindediakonische Herausforderungen

Armut hat viele Gesichter

Armut ist nicht nur Einkommensarmut. Armut hat auch im Alter verschiedene Dimensionen: Materielle, psychische, soziale. Armut bedeutet nicht nur mit wenig Geld auskommen müssen, sondern häufig auch seelische Belastungen mit gravierenden gesundheitlichen Folgen. Armut macht krank. Armut bedeutet aber vor allem nicht mehr teilhaben können. Arme Menschen schämen sich ihrer Armut, versuchen sie zu verbergen, ziehen sich zurück. Armut hat Ausgrenzung zur Folge. Als Lebensgefühl stellt sich ein: „Ich gehöre nicht mehr dazu.“

Viele Menschen im Alter sind auch schlichtweg allein und auf sich selbst gestellt. Die familiären Netze sind brüchig geworden. Soziale Armut wird zunehmend eine Herausforderung.

Wenn die Lages Armut im Alter zum Thema macht, dann gilt es Armut ganzheitlich wahrzunehmen in ihren verschiedenen Dimensionen: Materiell, seelisch, sozial.

Teilhabe ermöglichen, kostengünstige Angebote für alle, nicht nur für Arme

Spezielle Angebote nur für Arme sind in der Gefahr zu stigmatisieren. Deshalb ist es besser, kostengünstige Angebote für alle Menschen im Alter zu entwickeln. Mittagstische, Vesperkirchen, Freizeitangebote, Diakonieläden, Seniorenbusse. In Heimerdingen findet ein Mittagstisch der Ev. Kirchengemeinde im Gasthaus am Ort statt. In Kupferzell fährt ein Seniorenmobil alte Menschen zum Einkaufen oder zum Arzt für einen geringen Mitgliedsbeitrag..

Teilhabe ermöglichen, nachbarschaftliche Netzwerke aufbauen

Klaus Dörner hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass dem Dritten Sozialraum der Nachbarschaft eine immer größere Bedeutung zukommt. Alte Menschen wollen solange es

geht in ihren vier Wänden und ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Deshalb sein Buchtitel „Leben und sterben wo ich hingehöre“.

Und dazu braucht es neue nachbarschaftliche Netzwerke, braucht es Menschen, die freie Zeit auch als soziale Zeit verstehen nach dem Motto „Jeder Mensch braucht eine Tagesdosis an Bedeutung für andere“, wie es Dörner formuliert.

Ein schönes Beispiel ist hier die Gemeinde Untermünkheim. Sie hat aus einem mehr oder weniger leblosen Krankenpflegeverein 2005 einen aktiven „Verein für Diakonie und Seelsorge“ gegründet, Ehrenamtliche gewonnen und qualifiziert, die seelsorgerliche Besuche bei alten und pflegebedürftigen Gemeindegliedern übernehmen, pflegende Angehörige entlasten, bei begründetem Bedarf Alltagsbesorgungen und Fahrdiensten für Ältere übernehmen und einen wöchentlichen „Mittagstisch für Jung und Alt“ betreiben.

Die Anfragen aus der Gemeinde nehmen zu, rund 30 Ehrenamtliche wurden gefunden, werden begleitet und fortgebildet – und 120 neue Mitglieder konnten für den Verein gewonnen werden. Ein neues „Wir-Gefühl“ ist entstanden. Menschen am Rande haben wieder das Gefühl dazuzugehören.

Ein anderes interessantes Beispiel ist der Verein aktives Helfen e.V. in Erkenbrechtsweiler. Alltagsunterstützende Dienstleistungen wie Fahrdienste, Besorgungen, Schnee schippen u.a. werden für ältere Menschen auf Stundenlohn-Basis angeboten. Auch ein Mittagstisch in der Grundschule für Jung und Alt gehört zum Angebot. Generationenübergreifende Angebote sind besonders lohnend.

Altersarmut zum Thema machen, aber wie?

Möglichst die ältere und jüngere Generation gemeinsam ansprechen. Verbündete suchen, bei Veranstaltungen mit anderen Organisationen und Initiativen kooperieren.

Wenn Zielsetzung Bewusstseinsbildung und politische Einflussnahme, dann Altersarmut und Verhältnis der Generationen direkt zum Thema machen:

- Podien im Bundestagswahlkampf, Schreiben an Kandidaten/innen, Stellungnahmen lassen zu „Die Vorsorgelüge“
- Thema Generationengerechtigkeit (ungleiche Verteilung innerhalb der Generationen ist das Problem, nicht zwischen den Generationen)
- Generationenkrieg oder Generationenpakt?
- Der 4. Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung

Wenn Zielsetzung Situation alter Menschen in den Blick zu nehmen, Verständnis zu wecken, ggf. gemeindediakonische Angebote zu entwickeln, dann besser Thema breiter fassen oder indirekt in den Blick nehmen, z.B.:

- Gottesdienst/Bibelgespräch zum 4. Gebot, Generationensolidarität damals und heute
- Erzähl-Café
- Demografischer Wandel: Wir werden älter, bunter, weniger
- Gesellschaft des langen Lebens: Chancen und Herausforderungen
- Wie wir in Zukunft leben werden: Neue Formen des Miteinanders (Opaschowski).